

Haushaltsrede des Vorsitzenden der CDU-Stadtratsfraktion

Dr. Peter Uebel

zum Haushalt 2024 am 11.12.2023

-es gilt das gesprochene Wort-

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

sehr geehrte Damen und Herren,

heute beschließen wir den Haushalt der Stadt Ludwigshafen für das Jahr 2024. Nach heftigen Diskussionen und holprigen Verfahrensabläufen in den letzten Jahren, bahnt sich jetzt eine etwas entspannte Verabschiedung und hoffentlich auch zügige Genehmigung des kommenden Haushaltes an.

Der Konsolidierungspfad, den der Kämmerer beim vorherigen Haushalt vorgeschlagen hatte, mit einem jetzigen Defizit von 26 Mio €, war und ist unsere Grundlage. Dieses wäre aber in der ursprünglichen Einbringung nur über die Erhöhung der Grund- und Gewerbesteuer zu erzielen gewesen. Für uns als CDU war klar, dass eine Steuererhöhung in einer Zeit, die sich als äußerst fragil darstellt, sowohl für die gewerbesteuerzahlenden Unternehmen als auch über die Grundsteuer für viele Privathaushalte, eine große Belastung dargestellt hätte. Diesem Haushalt hätten wir dann auch nicht zustimmen können. Wir sind nun aber froh, dass die Zuweisungen des Landes und Bundes über die verschiedensten Töpfe zu einer Verbesserung der Situation geführt haben. Der Kämmerer hat die Steuererhöhungen zurückgenommen und damit können wir auf eine Steuererhöhungsdebatte verzichten.

Zum einen hoffen wir sehr, dass die erhöhten Zuweisungen nicht nur einmalig für das Jahr der Kommunalwahl stattfinden, sondern sich dynamisch weiter erhöhen. Zum andern müssen wir uns darüber im Klaren sein, dass wir hier und heute nur über die Verabschiedung eines Sparhaushaltes diskutieren: Von einem Volumen, dass Gestaltungsspielräume schafft, ist in keiner Weise die Rede. Wir beschließen heute einen Haushalt mit dem Nötigsten.

Dabei sind Aufwendungen von rund 800 Mio € und- als Eckwerte- einem Personalaufwand von 230Mio € und Aufwendungen im Bereich Soziales und Jugend von 380Mio €. Und diese verursachen ein strukturelles Defizit von über 200Mio €.

Jeder zweite Euro geht also in den Bereich Soziales. Und davon- und wir reden hier weitgehend von gesetzlichen Pflichtaufgaben- wird noch nicht mal die Hälfte von Land und Bund gegenfinanziert. Ich glaube, es ist jedem klar, wo die Reise hingeht und dass wir im kommenden Jahr über noch höhere Ansätze reden werden.

Schulen, Kitas und Soziales

Dann stellt sich schon die Frage, wie ist es um unsere Sozialstruktur bestellt.

Eine Diskussion, die auch ganz wesentlich mit der zukünftigen Stadtentwicklung zusammenhängt. Dies ist für uns eine Schlüsselfrage.

Deshalb ist es auch so wichtig, genau auf die Gräfenau Schule zu schauen. Diese Grundschule ist Synonym eines völlig verfahrenen Bildungsprozesses. Sie steht für viele Schulen in Ludwigshafen. Wir danken nochmals der Schulleiterin, die den Mut hatte, diese Missstände öffentlich zu machen. Früher haben jungen Menschen vielleicht den Hauptschulabschluss nicht geschafft, jetzt ist es die erste Grundschulklasse! Wir bleiben dabei, das Erlernen der deutschen Sprache ist und muss verpflichtende Grundlage sein. Und wenn diese Basis nicht vorhanden ist, wird das große Auswirkungen auf unsere Sozialentwicklung haben. Wir sind die Leittragenden der Bankrotterklärung der rheinland-pfälzischen Bildungspolitik.

Eine große Herausforderung stellen unsere Kita-Einrichtungen da. Nicht nur wegen dem sich zuspitzenden Mangel an Erziehern.

Über 2000 Kita-Plätze fehlen. Grundstücke sind Mangelware, Planungs- und Bauphasen von nicht mehr nachvollziehbarer Dauer. Dasselbe im Schulbereich. Sanierungen oder Baumaßnahmen gehen, wenn überhaupt, nur schleppend voran. Das Programm „Bauen für Bildung“ ist

fast schon Makulatur. Die genannten Timelines werden selten eingehalten.

Immer wieder wird im zuständigen Dezernat auf den Personalmangel verwiesen. Das Wort „Personalmangel“ scheint das Unwort des Jahres zu sein. Schon immer haben wir es im Baudezernat und in vielen anderen Bereichen der Verwaltung mit diesem Mangel zu tun. Das ist doch nichts Neues. Es mag sein, dass es heute einen größeren Stellenbedarf braucht. Aber als entschuldigende Begründung darf es nicht überstrapaziert werden. Wieviele Kinder, Eltern, Schüler, aber auch Erzieher und Lehrer leiden unter dieser Situation.

Und ich muss klar sagen, in der Vergangenheit wurde es verstanden, Bauprojekte voranzubringen, trotz dünner Personaldecke. Dauernd jammern hilft nicht. Schon gar nicht hilft eine öffentliche Diskussion mit sensiblen Fragestellungen. Natürlich brauchen wir dringend und ohne Aufschub Kitas, wir brauchen den Schulbau und wir müssen auch unserer Verpflichtung im Flüchtlingsbereich nachkommen.

Ja, es ist eine vielschichtige Aufgabe. Dessen sind wir uns bewußt. Dafür, Herr Baudezernent, stehen Sie in der Verantwortung. Auch für die Personalsituation in ihrem Dezernat. Sorgen Sie für klare Strukturen. Wir erwarten die Sanierungen unserer Schulen, wir erwarten den Bau von Kitas und wir erwarten die Sanierung der Bayreuther Straße. Sie können sich doch nicht hinstellen und den Menschen in dieser Stadt sagen- für die Sie übrigens auch Verantwortung tragen- ich kann da nichts bauen, wir können nur noch Flüchtlingsunterkünfte machen.

Aber auch diesen Job haben Sie nicht erledigt. Vielen von uns ist seit mindestens Frühjahr bekannt, manche sagen, seit Anfang des Jahres, dass unsere Aufnahmekapazitäten Ende des Jahrs erschöpft sein werden. Die beiden Hallen in der Wollstraße werden dann voll sein. Und was haben Sie gemacht, wo sind weitere Leichtbauhallen zur Unterbringung geflüchteter Menschen? Die Walzmühle musste belegt werden. Eine Katastrophe. Dort wo endlich ein Nahversorger entstehen sollte, dort wo eh schon ein sozialer Brennpunkt besteht. Ausgerechnet dort als wohl einzige Standortmöglichkeit. Sie hatten ein Jahr Zeit, andere Lösungen hinzubekommen.

Herr Thewalt, das haben Sie zu verantworten. Sie haben damit den Bürgern und der Stadt Ludwigshafen großen Schaden zugefügt.

Langsam sollten Sie und auch wir uns über Konsequenzen Gedanken machen.

Wir werden im Weiteren auf einen Leerzug der Walzmühle bis Sommer 2024 bestehen. Da steht auch die Verwaltung im Wort. Wir brauchen jetzt dringend alternative Standorte und einen Maßnahmenbeschluss zur Bestellung neuer Hallen.

Auf der anderen Seite gibt es aber auch positive bauliche Entwicklungen: Die Bauprojektgesellschaft zum Hochstraßenbau ist auf einem guten Weg. Vielen Dank den Mitarbeitern um Herrn Berlenbach. Diese Struktur läuft und das muss sie auch. Wir brauchen leistungsfähige Straßen, die Ost-West Achse ist eine der Hauptverkehrsadern unserer Stadt und unserer Metropolregion.

Und weil hier anscheinend so gegensätzliche Leistungsfähigkeiten bestehen, müssen wir nochmals an eine andere Struktur beim Bau und Bauunterhalt von Kitas und Schulen denken. Seit Jahren diskutieren wir über eine Auslagerung des Bildungsbaus. Wir haben dies in den letzten Jahren immer wieder angesprochen.

Aus diesem Grund und aufgrund der Ereignisse und Aussagen der letzten Tage und Wochen, werden wir nachher einen Prüfantrag einbringen, damit der laufende Gebäudeunterhalt im Bereich Schulen, Kitas, Sport, Bäder, Feuerwehr wieder bei den sachbefassten Dezernaten angesiedelt wird. Dass eine heruntergefallene Decke in einer Kita über Monate einfach liegen bleibt, darf sich nicht wiederholen.

Und dann brauchen wir eine eigene Baugesellschaft, die weitgehend unabhängig und eigenständig agieren kann. Die „Bauen für Bildung“ dynamisch und schnell voranbringt. So wie es in Mannheim der Fall ist. Dort ist die Bau- und Betriebs-Service GmbH in einer Tochterstruktur an die kommunale Wohnungsbaugesellschaft angegliedert.

Die rechtlichen Möglichkeiten müssen sehr schnell geprüft werden und wir brauchen dann schnelles Handeln.

Ludwigshafen ist mit fast 50 Schulen mit Abstand der größte Schulstandort in Rheinland-Pfalz. Dabei müssen wir uns fragen, ob wir als einziger Träger weiter in der Lage sind, beispielsweise riesige Berufsschulen mit einem Einzugsgebiet weit über die Stadtgrenzen hinaus, alleine zu unterhalten. Deshalb sagen wir: Auch die umgebenden Landkreise und Mittelstädte müssen ins Boot. Eine gemeinsam getragene Betriebs GmbH- auch wenn das Landesrecht dies zur Zeit nicht zulässt- ist eine anzustrebende Option. Natürlich ruft dies bei den Beteiligten keine Begeisterung hervor. Aber jede Kommune, die ihre Berufsschüler hier ausbilden läßt, steht in der Pflicht, sich zu beteiligen. Und wir finden es nicht verwerflich, das auch so einzufordern.

Deshalb werden wir als CDU in einer der nächsten Sitzungen der Fachgremien einen entsprechenden Prüfantrag einbringen.

Wir müssen uns auch mit der Frage einer neuen zentralen Mehrzweckhalle für Vereins- und Schulsport befassen. Damit meine ich nicht nur eine Spielstätte der Handball Bundesliga. Wir sind eine Großstadt mit fast 180.000 Einwohnern. Und machen wir uns nichts vor: Bei aller Bauästhetik, aber die Eberthalle entspricht in keiner Weise mehr den Ansprüchen, die man heute an eine große Sporthalle hat. Und wenn es Finanzierungsmodelle gibt, die einen gangbaren Weg darstellen könnten, dann müssen wir versuchen, dies umzusetzen. Die CDU wird auf jeden Fall versuchen, eine vernünftige Finanzierung hier mitzutragen.

Stadtentwicklung

In der Stadt wollen aber nicht nur Schulen und Kitas gebaut werden, sondern Wohnraum wird benötigt. Der Wohnungsmarkt ist angespannt. Die Heinrich- Pesch-Siedlung wird ein großartiges, sozial geprägtes Projekt mit vielen hunderten Wohnungen. Wir haben hier parteiübergreifend von Anfang an unterstützt und freuen uns über den Baufortschritt. Einige weitere Areale, die bestehende Quartiere arrondieren, müssen weiterentwickelt werden. Dazu gehören auch die Planungen in Rheingönheim, mit den von uns geforderten Kompromissvorschlägen.

Auch City West wird eine große Chance. Analog zur Rheinuferbebauung kann uns da was richtig Gutes gelingen. Deshalb ist es genau der richtige

Weg, dass über die LCE als eigenständige Gesellschaft, mit externer Expertise die Planungen einer modernen urbanen Stadtentwicklung laufen.

Genauso muss aber auch als Industriefläche die Entwicklungsachse West vorangebracht werden. Wir laufen Gefahr, dass andere Kommunen uns hier abhängen. Firmenansiedlungen müssen aktuell abgelehnt werden, Arbeitsplätze, Gewerbesteuerzahler gehen uns damit verloren. Wir brauchen den Mittelstandspark. Und weil wir hier keinen Fortschritt sehen, trotz mehrfacher Aufforderungen im Bauausschuss, werden wir nachher den Antrag stellen, dass die Bauprojektgesellschaft die Erschließung hier übernimmt. Nach unserer Überzeugung duldet dies keinen weiteren Aufschub.

Das Thema „Parken“ wird immer mehr zum Reizthema: Die Anzahl der in Ludwigshafen angemeldeten Autos steigt: Mittlerweile um die 100.000 Fahrzeuge, aber die Parkplätze verschwinden. Das kann so nicht sein. Also werden wir uns um das Thema „neue Parkhäuser“ Gedanken machen müssen. Ideologien, die im Gegensatz zur Lebensrealität stehen, helfen uns nicht weiter. Wenn ein Bewohner in der südlichen Innenstadt jeden Abend eine Stunde umherfahren muss, um einen Parkplatz zu finden, haben wir ein Problem. Die Parkraumplanung bleibt ein dynamischer Prozeß, sie muss ehrlich erfolgen und dringend modifiziert werden.

Die Investitionen in unsere Grünflächen mit ihrem notwendigen Unterhalt und die Sauberkeit im Straßenbild, sie sind durch unzählige Sparrunden an einem Minimum angekommen. Was für ein Bild vermitteln wir damit? Sowohl die Bürger als auch Besucher der Stadt bemängeln oft ein wenig ansprechendes, teils ungepflegtes Stadtbild. Deshalb müssen wir diese Pflege wieder intensivieren. Wir brauchen eine saubere, bunte und im eigenen Sinn, blühende Stadt. Ich danke hier ausdrücklich den Mitarbeitern unserer Wirtschafts- und Grünbetriebe, die es verstehen mit den geringen Mitteln, was auf die Beine zu stellen. Eine weitere Kürzung in diesem Bereich darf es deshalb auch zukünftig nicht geben. Im Gegenteil: Wir müssen zu mehr gezielter Förderung kommen.

Kultur und Hochschule

Erziehung und Bildung sind die Grundlagen einer aufgeklärten, kritisch-engagierten Stadtgesellschaft. Deshalb sind auch unsere Kultureinrichtungen von großer Bedeutung: Bibliothek- auch die Stadtteilbibliotheken, Pfalzbautheater, Hackmuseum, Musikschule, Kulturbüro. Das sind keine Luxusartikel. Für mich gehören sie zur Daseinsfürsorge. Sie sind ein Teil dessen, was unsere Stadtgesellschaft als Kitt zusammenhält. Sie dürfen nicht zum Spielball neuer Sparrunden werden. Deshalb bekennt sich die CDU klar zu einem breiten Kulturangebot der kommunalen und freien Trägerschaft.

Unsere Hochschule ist ein wesentlicher Teil dieser Stadt. Der zweifelsohne sehr ansprechende Neubau, wenn auch nicht in der City, kann die Grundlage einer expandierenden und wachsenden Hochschule sein. Weitere Fachbereiche können das Angebot erweitern. Gerade in den technischen Fächern bieten sich in der Stadt der Chemie enorme Potentiale. Wir müssen versuchen, mit den Verantwortlichen Möglichkeiten auszuloten um die Standortattraktivität weiter zu steigern.

Sicherheit und Gesundheitsversorgung

In den letzten Wochen erreichten uns Berichte von besorgten Polizeibeamten, die von unguten Arbeitsbedingungen berichtet haben. Der Innenminister spricht hingegen von einer Höchstzahl an Beamten in Rheinland-Pfalz. Subjektiv haben wir hier in Ludwigshafen eine andere Wahrnehmung. Wir nehmen einen Mangel wahr. Deshalb bleibt unsere Forderung, nicht nur im Hinblick auf die Innenstadt mit Ludwigsstraße oder Berliner Platz: Wir brauchen mehr Polizeipräsenz. Unser KVD darf nicht mit eigentlich polizeilichen Aufgaben noch mehr belastet werden. Die Sicherheit der Bürger hat für uns höchste Priorität.

Abschließend möchte ich unsere Gesundheitsversorgung nennen. Für mich als Mediziner selbstredend ein wichtiger Faktor.

Wir haben leistungsstarke Kliniken und decken fast alle Fachbereiche auf einem guten Level ab. Aber die Strukturprobleme unserer Krankenhäuser mit Kostensteigerungen, Personalmangel und

letztendlichen Liquiditätsthemen entsprechen dem Bundestrend und sind besorgniserregend. Hier wird auch das kommende Jahr sehr spannend, zumal in unserem kommunalen Klinikum personelle Veränderungen und große Baumaßnahmen stattfinden. Ludwigshafen muss sich als Medizincampus, auch in Forschung und Lehre, weiter als Schwerpunktversorger für die gesamte Vorderpfalz positionieren. Neue innovative Ansiedlungen im Versorgungs- und auch industriellen Wissenschaftsbereich müssen unser Ziel sein. Eine Herausforderung besonders für die neuen Akteure.

Die ambulante Versorgung unserer Bürger ist so schlecht wie lange nicht mehr: Lange Wartezeiten, keine weitere Patientenannahme, Fachbereiche, die gar nicht mehr besetzt sind. Die Ausdünnung des Notdienstes ab Januar aggraviert den Versorgungsmangel. Bitte Montag, Dienstag, Donnerstag und ab 22Uhr nicht mehr krank werden. Der Gesundheitsminister spricht als Lösung von Gesundheitskiosken oder mobilen Arztpraxen- gemeint sind damit wohl kleine Sprinter, die zu bestimmten Tagen und Uhrzeiten an einem Platz stehen. Welche Luftnummern, da ist es noch besser Dr. Google zu konsultieren. Offen gesagt, es graut mir.

Deshalb erarbeiten wir gerade mit den ärztlichen Verbänden, einen Versorgungsatlas. Ziel muss sein, dort wo Bedarf besteht, ganz gezielt auch durch den Bau von Ärztehäusern oder Gesundheitszentren die Versorgung sicher zu stellen.

Ausblick

Wir haben in den letzten Monaten mit vielen Konsolidierungsrunden, gemeinsam mit der Kämmerei und den Dezernaten, Einsparpotentiale geprüft. Das Ergebnis war sehr bescheiden. Die erzielten Einsparungen im niedrigen einstelligen Millionenbereich. Der große Wurf war das nicht. Dennoch dürfen wir diesen Weg nicht verlassen. Wir brauchen eine Weiterentwicklung unserer Verwaltung: Die Digitalentwicklung müssen wir weitertreiben, hin zur smart City- auch wenn dies zuerst erhebliche Investitionen fordert. Wir brauchen eine Optimierung von Prozessen, Kooperationen mit umliegenden Kommunen. Das Hinterfragen unserer

Verwaltungsstrukturen. Wir sind der festen Überzeugung, dass wir hierzu externen Sachverstand benötigen. Deshalb möchten wir den Fokus auf die Notwendigkeit einer Verwaltungsreform legen. Nicht zuletzt, da die personellen Ressourcen schwinden, auch demographisch bedingt. Unsere Verwaltung muss sich neu, schlagkräftiger und schlanker aufstellen. Das wird ein langer herausfordernder Prozess der nächsten Jahre.

Viele Menschen sehen Ludwigshafen als eine Stadt, die sich im Niedergang befindet. Eine geläufige Meinung, die durch diese fürchterlichen Citytouren bundesweit beflügelt wird. Dem müssen wir entgegenwirken. Wir brauchen ein positives Image. Es muss zeigen: Ja, es ist schön, in Ludwigshafen zu leben.

Wollen wir unserer Stadt eine gute Zukunft geben, müssen wir jetzt investieren: In ein gut ausgebautes Straßennetz, und damit meine ich sicher nicht das nachher zu beschließende Ausbauprogramm. In den ÖPNV, Radwege, Industrieflächen. Aber auch in eine gute Infrastruktur, die Kitas, Schulen, Sport und kulturelle Angebote umfasst. Mit den vorhandenen Mitteln sind wir dazu nicht in der Lage. Wir brauchen mehr Gestaltungsmöglichkeiten. Die Zuweisungen müssen steigen, wir brauchen Entlastungen im Bereich Soziales. Wir werden nicht aufhören, Land und Bund an ihre Pflicht zu erinnern, die Kommunen zu unterstützen. Wir freuen uns über die Altschuldenübernahme. Dennoch werden wir in wenigen Jahren wieder den gleichen Kontostand aufweisen, wenn nicht grundlegende Änderungen in der kommunalen Finanzausstattung erfolgen. Ausgepresst ist die Zitrone schon lange. Jetzt muss sie aufgepäppelt werden, damit sie wieder saftig wird.

Im Übrigen dankt die CDU dem Kämmerer und seiner Kämmerei, sowie allen städtischen Mitarbeitern, die diesen Haushalt ausgearbeitet haben. Ich möchte auch nochmals daran erinnern, dass wir nach wie vor einen Doppelhaushalt favorisieren, der uns nur alle zwei Jahre diesen Aufwand abverlangt. Nachtragshaushalte haben wir ja eh.

Trauen wir uns etwas zu, seien wir mutig. Wir brauchen die Vision einer großartigen Stadt. Und heute, trotz aller Schwierigkeiten, die unsere Haushaltssituation mit sich bringt, heute planen wir das, was Morgen sein wird.

Die CDU wird dem vorgelegten Haushalt zustimmen.